

# Riesner Tageblatt



Verantwortlich:  
Riesner  
Herausg.  
Hofsch. Nr. 52

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Verleger:  
Riesner Nr. 52

Nr. 212.

Freitag, 11. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Ermäßigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Das Sparprogramm der englischen Regierung.

### „Einsparungen in großem Stil und drastische Erhöhung der Steuern“.

#### Wieder ein großer Tag im Unterhaus.

London. Das Unterhaus trat am Donnerstag nachmittags zu seinem „Großen Tag“ zusammen. Die Galerien des Hauses waren überfüllt.

Nachdem das Haus zunächst einige laufende Angelegenheiten erledigt hatte, erhob sich

#### Schatzkanzler Snowden

zu seiner mit großer Spannung erwarteten Rede. Der Schatzkanzler erklärte zunächst im allgemeinen, es sei kein Vergnügen für ihn, dem Volke neue Steuern aufzuerlegen, aber ein unausgeglichener Haushalt sei eines der Anzeichen finanzieller Unbehilflichkeit und deshalb eine ernste Angelegenheit für das Land. Für seine Bewohner sei es daher notwendig, ihre Finanzlage selbst wieder in unantastbare Sicherheit zu bringen. Es sei eine sehr schwere Aufgabe, daß England seit geraumer Zeit über keine Verhältnisse und größtenteils von seinem Kapital gelebt habe. Diesem Uebelstand müsse abgeholfen werden und zwar entweder durch Einschränkung der Ausgaben, oder durch Erhöhung der Einnahmen, oder durch eine Verbindung dieser beiden Maßnahmen.

Das Schatzamt sehe sich im laufenden Jahr einem erheblichen Steuerausfall gegenüber. Der veranschlagte Haushaltsdefizit betrage belaufe sich in diesem Jahre auf etwa 1,5 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag für das nächste Haushaltsjahr würde auf 3,4 Milliarden Mark veranschlagt.

Einsparungen im großen Stil seien ebenso notwendig, wie eine drastische Erhöhung der Steuern. Neunzehntel der Sparvorlagen seien bereits von der letzten Regierung aufgegeben worden. Erhebliche Einsparungen in der Landesverteidigung und bei den zivilen Ministerien, sowie Abstriche bei den Arbeitslosenunterstützungen und Einsparungen aus dem Straßenbaufonds müßten im Laufe des nächsten Jahres zu einer Ausgabenverminderung in Höhe von etwa 1,4 Milliarden Mark führen. Die jährliche Amortisation für die inneren Schulden, die bisher bestimmungsgemäß eine Milliarde Mark betragen sollte, würde auf 650 Millionen Mark herabgesetzt.

Zu den Steuererhöhungen erklärte der Schatzkanzler, daß die Einkommensteuer um 2% v. H. erhöht wurde. Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Einsparungen müßte durch zusätzliche Besteuerung ein Betrag von 780 Millionen Mark für das laufende Jahr und 1,6 Milliarden Mark für das nächste Haushaltsjahr aufgebracht werden. Er schlägt eine Entlastung der Industrie etwa um denselben Betrag vor, um den er den Einkommensteuereinzahlern erhöht habe, indem der Industrie erlaubt werde, einen entsprechend höheren Betrag auf Anlagen und Maschinen abzuschreiben.

Die Steuererhöhung werde für Unverheiratete von 2700 Mark auf 2000 Mark und für Verheiratete von 4500 auf 3000 Mark herabgesetzt. Die Steuervergünstigung für Kinder solle von 1200 auf 1000 bzw. von 1000 auf 800 Mark herabgesetzt werden. Dafür aber solle Ende des Jahres die Summe, auf die bisher nur 2 Schilling pro Pfund Einkommensteuer bezahlt wurde und die auf ein Sechstel des Nettoeinkommens kalkulierte wurde, auf der Grundlage eines Fünftels des Nettoeinkommens kalkulierte werden. Außer der Einkommensteuervermehrung solle die Sondersteuer für große Einkommen um 10 v. H. erhöht werden.

Die Erhöhung der Biersteuer um 16 Pfg. je Liter trete ab Freitag ein. Das Ergebnis dieser Steuer werde auf 90 Millionen Mark in diesem und auf 200 Millionen Mark im nächsten Jahre veranschlagt. Die Tabaksteuer solle von 3,10 Schilling auf 2,8 Schilling je Pfund erhöht werden. Das Ergebnis dieser Steuern werde in diesem Jahr auf 50 Millionen und im nächsten Jahr auf 80 Millionen Mark veranschlagt. Die Benzinsteuern werde um 17 Pfg. je 4 1/2 Liter erhöht. Der Ertrag aus dieser Steuer werde auf etwa 80 Millionen Mark in diesem Jahre und auf 150 Millionen Mark im nächsten Jahre veranschlagt. Die Luftfahrtssteuer solle eine durchschnittliche Erhöhung um 2 v. H. erfahren. Der Ertrag dieser Steuer werde im Jahr auf 50 Millionen Mark veranschlagt. Die Steuer solle am 9. November eingeführt werden und in diesem Haushaltsjahr noch 20 Millionen Mark einbringen. Der Gesamtüberschuss werde sich schätzungsweise auf 30 Millionen Mark stellen.

Das Finanzgesetz werde Möglichkeiten für die Konvertierung der 5prozentigen Kriegsanleihe zu einem niedrigeren Zinssatz vorsehen.

Der Schatzkanzler gab in seiner Rede keine Einzelheiten über die Einsparungen, die 1,4 Milliarden Mark bringen sollen, aber er versprach, am Freitag ein Gesetz über die ganze Angelegenheit einzubringen.

Nach Snowden sprach als erster Redner der Opposition der frühere Handelsminister Graham, der zunächst behauptete, der Bericht der Royal-Kommission habe England im Ausland sehr geschadet. Er müsse zugeben, daß die Steuerentwürfe der Regierung anscheinend sehr weitgehend seien; aber man könne sich noch kein endgültiges Urteil schenken.

Wenn die neuen Steuern schon früher eingebracht worden wären, so hätte vielleicht gar kein Regierungswechsel stattfinden brauchen.

Der liberale Abgeordnete Runciman wandte sich zunächst gegen die Behauptung des früheren Lords der Admiralität Alexander, daß die englischen Banken Geld zum Zinssatz von 2 v. H. geborot und zu 8 v. H. an Deutschland weiterverliehen hätten. Die Behauptung entspreche nicht den Tatsachen; vielmehr hätten die Banken für das im Juli an Deutschland geliehene Geld selber fast 4 v. H. und zu der Zeit, als der englische Bankdiskont auf 2 1/2 v. H. gestanden habe, etwa 2 1/2 v. H. gezahlt. Der Redner erklärte sich im übrigen mit den Vorschlägen des Schatzkanzlers einverstanden und betonte die Wichtigkeit eines Ausgleichs der Handelsbilanz. Er glaube nicht daran, daß die Regierung dies durch die Einführung eines allgemeinen Schutzzolltarifs erreichen würde; er schlage eine Untersuchung darüber vor, auf welche Weise die Einfuhr ausländischer Luxusgegenstände unterbunden werden könne.

#### Luxuswareneinfuhrverbot in England?

London, 11. September.

Im Unterhaus sprach der frühere Minister Runciman (Liberal) vor, ebenso wie im Weltkrieg ein Einfuhrverbot für ausländische Luxuswaren zu erlassen, um die Handelsbilanz zu verbessern und den Druck auf die britische Währung zu vermindern. In Frage kämen Automobile, Weine und Zigarren als Luxuswaren, deren Einfuhr verboten werden könnte.

Dieser Vorschlag hat die Regierung veranlaßt, ein Komitee von drei Sachverständigen einzusetzen, das unverzüglich die Durchführbarkeit des Projektes zu prüfen hat.

In der Unterhausdebatte befürwortet auch der Konservative Lewis eine Einschränkung oder gänzliche Sperre der Einfuhr von Luxusartikeln oder solchen Waren, die im Lande selbst erzeugt werden können.

Die oppositionelle Arbeiterpartei beabsichtigt, sobald im Unterhaus in der zweiten Lesung der Sparvorlage die Debatte eröffnet wird, eine Resolution folgenden Inhalts einzubringen: „Obwohl das Haus die Notwendigkeit, das finanzielle Gleichgewicht zu erhalten, durchaus anerkennt, weigert es sich, Maßnahmen zu billigen, die einerseits die breiten Massen des lebensnotwendigen Unterhalts berauben würden, während andere Teile der Bevölkerung auch weiterhin im Überfluß leben könnten, und die andererseits die Arbeitslosigkeit durch Beschränkung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger vermehren würden.“ Ferner wird in der Resolution die Absicht der Regierung mißbilligt, Sparmaßnahmen auf dem Wege der Kabinettsorder ohne vorherige Zustimmung des Unterhauses anzuordnen.

#### Die Haushaltsvorlagen vom Unterhaus angenommen.

London. Das Unterhaus billigte gestern gegen Mitternacht ohne Abstimmung die von Snowden unterbreiteten Haushaltsvorlagen.

## Die Beratungen der neuen Regierungsmaßnahmen.

Berlin. Zwischen den zuständigen Ressorts des Reiches und Preußens haben gestern Besprechungen stattgefunden, die eine möglichst weitgehende Angleichung der Maßnahmen bezwecken, von denen bereits in den letzten Tagen die Rede war. Dabei handelt es sich z. B. um die Pensionskürzung und Beförderungssperre für die Beamten, die nach Auffassung der beteiligten Stellen am besten vom Reich aus durchgeführt werden, um zu vermeiden, daß alle Länder dieselben Einzelverfügungen treffen müssen. Nebenbei sollen auch noch andere Dinge in Einklang gebracht werden. Bisher sind die Beratungen aber noch nicht zum Abschluß gekommen, und es ist mit der Veröffentlichung der preußischen Rechtsverordnung auch erst im Laufe der nächsten Woche zu rechnen. Sie soll bekanntlich gleichzeitig mit der Reichsmaßnahme erfolgen.

Daraus ergibt sich von selbst, daß die bisher in der Presse aufgetauchten Mitteilungen über Einzelheiten nicht zutreffen können. So veröffentlicht ein Berliner Blatt heute abend eine eingehende Darstellung der angeblich beschlossenen Sparmaßnahmen im preussischen Schulwesen. Von ununterstützter preussischer Seite wird hierzu nur die Auskunft gegeben, daß richtiges mit anderem vermischt sei, daß durch die ja jetzt noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen überholt worden ist.

#### Der badische Staatspräsident gestorben.

Karlsruhe. Staatspräsident Josef Wittmann ist am Donnerstag abend um 23 Uhr im Alter von 65 Jahren an einer Darminfektion gestorben. Er war seit einigen Tagen an einer Darminfektion erkrankt, wozu noch eine Nierenentzündung und Herzschwäche hinzutrat. Die Abschiedsfeierlichkeiten des Verstorbenen begannen im Jahre 1905. Er gehörte dem badischen Parlament bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten des Rechnungshofes an. Am 29. November trat Wittmann in die damals aus Zentrum und Sozialdemokraten gebildete Regierung ein und übernahm die Leitung des Innenministeriums. Bei der Umbildung der Regierung am 30. Juni d. J. trat er an die Spitze des Justizministeriums.

#### Diätentkürzung in England

London, 11. September. Das Weißbuch über die von der Regierung geplanten Finanzmaßnahmen sieht eine zehnprozentige Kürzung der Diäten der Parlamentsmitglieder vor, die vierhundert Pfund Sterling jährlich betragen.

Ebenso lassen sich die vom Reich geplanten Maßnahmen nur in Form von Ueberschriften wiedergeben, ohne daß man vor der in der nächsten Woche stattfindenden Kabinettsitzung sagen kann, wie sie in den Einzelheiten aussehen werden. Fast man die Pläne in Stichworten zusammen, so handelt es sich um folgende Punkte:

1. Abbau der Hauszinssteuer. Im Reichsfinanzministerium wird an zwei Plänen gearbeitet, von denen der eine eine Art Kapitalsteuer der Steuer, der andere die Einkommensteuer der Mieten in den Preisabbau vorsieht.
2. Die gemischt städtisch-ländliche Ziehung für zunächst 100 000 Wohlfahrtsunterstützte.
3. Herabsetzung der hohen Pensionen über 12 000 M.
4. Zweijährige Beförderungssperre und Zulagenbeschränkung für Beamte.

Außer diesen Maßnahmen, mit denen sicher zu rechnen ist, spricht man bekanntlich auch noch von anderen Plänen, so von weiteren Einsparungen am Etat, der Reform der Arzts- und Wohlfahrtsfürsorge, der Schaffung einer Einkommenssteuer bei den Banken und anders. Ueber die Gestalt dieser Pläne wird sich erst im Laufe der nächsten Woche Näheres sagen lassen.

#### Was spart Preußen?

Einzelstücken aus dem Sparprogramm.

Ueber das preussische Sparprogramm werden in der Öffentlichkeit irriige Fiktionen verbreitet, die wohl aus einer Vermischung der getrennten Sparmaßnahmen für Staat und Gemeinden herrühren. Der preussische Staat hat in den letzten Monaten des Haushaltsjahres ein Defizit von 178 Millionen abgedeckt. Davon werden eingesparrt: 45 Millionen durch die Einstellung von Zahlungen an die Gemeinden infolge der Erbschaftsteuer, aus der zweiten Beibehaltung; 23 Millionen werden zurückgehalten von dem bisher an die Gemeinden gezahlten Wohnungsbauteil der Hauszinssteuer, und 48 Millionen fließen an den Staat aus dem Wohnungsbauteil der Hauszinssteuer. Durch staatliche Sparmaßnahmen abgedeckt bleiben 62 Millionen. Davon werden an städtischen Ausgaben eingespart 26 Millionen, sodas noch 36 Millionen durch Kürzungen an den Personalausgaben (Abbau von Funktionszulagen, Verkleinerung von Einkünften usw.) zu sparen sind.

#### 400 000 Arbeitslose in Berlin

Berlin, 11. September. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Berlin belief sich am 1. September auf rund 408 000 Personen gegen 318 000 am 1. September 1930.